

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Florian Köhler

Abg. Leo Dietz

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Benno Zierer

Abg. Gerd Mannes

Abg. Anna Rasehorn

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO₂-Abgabe abschaffen!

(Drs. 19/5004)

Als Gesamtredezeit wurden 29 Minuten vereinbart. Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde der Freiheit und des Wohlstands! Mit dem heutigen Antrag fordern wir die Staatsregierung noch einmal dazu auf, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der CO₂-Abgabe und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes einzusetzen und sich auf EU-Ebene für den Ausstieg Deutschlands aus dem geplanten Europäischen Emissionshandelssystem 2 einzusetzen.

Wir stellen diesen Antrag, weil die Zukunft unserer Familien, unserer Arbeitsplätze und unserer Heimat auf dem Spiel steht. Die CO₂-Abgabe wurde von Schwarz-Rot eingeführt und belastet uns alle seit dem Jahr 2021. Die CO₂-Abgabe ist ein Schlag ins Gesicht der hart arbeitenden Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der AfD)

Wir sagen: Genug ist genug! Es ist Zeit, diese Abgabe abzuschaffen und unser Land wieder auf Kurs zu bringen. Lasst uns mit den Fakten beginnen. Die CO₂-Abgabe, offiziell als CO₂-Preis bekannt, wurde eingeführt, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken; aber wenn wir uns die Zahlen einmal näher ansehen, stellen wir fest: Im Jahr 2025 haben wir 55 Euro pro Tonne CO₂ gezahlt. Mittlerweile kommen sieben Forschungsinstitute übereinstimmend zum Schluss, dass die Überführung der

CO₂-Abgabe in das Europäische Emissionshandelssystem 2 zu einem drastischen Preisanstieg der CO₂-Bepreisung von 55 Euro auf durchschnittlich 235 Euro pro Tonne CO₂ ab dem Jahr 2027 führen kann bzw. wird.

Man geht davon aus, dass der Liter Benzin oder Diesel im Durchschnitt 2,14 Euro und Heizöl 1,46 Euro pro Liter, Erdgas 1,34 Euro pro Kubikmeter kosten soll. Wer soll sich das noch leisten können? Der Handwerker, der frühmorgens zur Baustelle fährt? Die Rentnerin, die ihre Heizung runterdreht, weil sie ihre Rechnung fürchtet? Das ist ungerecht und asozial.

(Beifall bei der AfD)

Was bringt diese Abgabe wirklich? – Jedes Mal, wenn die Regierung den CO₂-Ausstoß senken will, dann vernichtet sie in Wahrheit Arbeitsplätze. Die Bundesregierung hat zum Beispiel im Jahr 2023 behauptet, sie habe den CO₂-Ausstoß im Vergleich zum Vorjahr um etwa 10 % gesenkt; aber was sie dabei nicht gesagt hat, ist, dass ein Großteil dieser Reduktion durch die Regierung selbst verursacht wurde, als sie wegen der Corona-Einschränkungen die Wirtschaftskrise staatlich organisiert hat. Das war nicht die Abgabe, das war Regierungsversagen.

Währenddessen sind die Energiepreise explodiert. Gas ist seit dem Jahr 2021 um 73 % teurer geworden, Strom um 43 %. Und wer zahlt die Zeche? – Die Bürger und der Mittelstand. Blicken wir auf unsere Wirtschaft. Deutschland ist das industrielle Herz Europas; aber die CO₂-Abgabe macht uns das Leben schwer. Laut dem Bundesverband der Deutschen Industrie gefährdet die Abgabe 100.000 Arbeitsplätze in energieintensiven Branchen wie Stahl, Chemie oder Zement. Unsere Unternehmen verlieren Aufträge an Länder wie China, wo es keine oder zumindest nur eine geringe CO₂-Steuer für die Industrie gibt und der Ausstoß weiter steigen darf.

China baut jedes Jahr Dutzende neue Kohlekraftwerke, während die Regierung unseren Mittelstand buchstäblich stranguliert. China emittiert die meisten Treibhausgase

weltweit und trägt etwa 31 % zu den weltweiten CO₂-Emissionen bei, Deutschland gerade einmal 2 %.

Warum bestrafen wir als Land und Staat unsere eigene Industrie und unsere eigene Wirtschaft munter weiter? – Das kann man meiner Meinung nach niemandem rational erklären. Die Staatskanzlei, Berlin und Brüssel erzählen uns alle, diese Abgabe rettet das Klima; aber die Wahrheit ist, sie füllt die Staatskasse und macht die Bevölkerung ärmer. Im Jahr 2024 hat die CO₂-Abgabe dem Staat fast 20 Milliarden Euro eingebracht. Wo landet dieses Geld? – Im allgemeinen Haushalt. Es finanziert Bürokratie, Prestigevorhaben für übergeschnappte Bürgermeister und Landräte, die mit ihren freiwilligen Leistungen nicht zurechtkommen, und kommunale Klimaschutzbeauftragte – von den illegalen Migranten möchte ich gar nicht sprechen –, während der Handwerker und die alleinerziehende Mutter an der Tankstelle bluten müssen. Das muss aufhören.

(Beifall bei der AfD)

Auch wir wollen eine saubere Umwelt. Wir lieben unsere Heimat. Wir lieben unsere Wälder, unsere Flüsse und unsere Berge; aber die CO₂-Abgabe ist unserer Meinung nach der falsche Weg. Wir brauchen Innovationen, wir brauchen moderne Kernkraft und moderne Verbrennungsmotoren. Deutschland ist das Land der Ingenieure. Lassen Sie das Land und die Leute Lösungen entwickeln, die Arbeitsplätze schaffen, statt sie zu zerstören. Es wäre ein Befreiungsschlag, diese CO₂-Abgabe abzuschaffen.

Wir kämpfen für ein starkes, freies und wohlhabendes Deutschland, das auf Innovationen statt auf Abgaben setzt. Sagt Nein zur CO₂-Abgabe!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Kollege Leo Dietz für die CSU-Fraktion.

Leo Dietz (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Was uns die AfD heute hier im Plenum präsentiert, ist einmal mehr der durchsichtige Versuch, ihre rückwärtsgewandte Ideologie unter dem Deckmäntelchen einer bürgerfreundlichen Politik zu machen. Die AfD fordert die Abschaffung der CO₂-Bepreisung und spricht sich dafür aus – man höre und staune –, die Bürgerinnen und Bürger finanziell zu entlasten; aber lassen Sie mich das mit aller Deutlichkeit sagen: Wer sich wie die AfD energiepolitisch weiter an Russland ketten will, der hat seit dem 24. Februar 2022 nichts, aber auch gar nichts gelernt.

(Widerspruch bei der AfD)

Dieser Antrag hat mit der ehrlichen Sorge um kleine und mittlere Einkommen rein gar nichts zu tun. Es geht der AfD nicht um Entlastung, sondern es geht ihr wieder einmal um ihre altbekannte Spezialdisziplin: Wir hauen einfach einmal einen raus, wir behaupten irgendetwas, aber im Hintergrund versuchen wir trotzdem, Moskaus Interessen zu bedienen.

(Widerspruch bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wer sich das aktuelle Parteiprogramm der AfD genauer ansieht, der merkt ziemlich schnell, die Interessen derjenigen mit kleinen und mittleren Einkommen sucht man dort mit der Lupe. Mit anderen Worten: Die AfD gibt sich als Kämpferin für die kleinen Leute, ist aber in Wahrheit nichts weiter als ein Trojanisches Pferd für die Interessen der Großen und der russischen Gaswirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen die CO₂-Bepreisung abschaffen, weil Sie die Sorge der Menschen umtreibt. – Nein. Sie wollen sie abschaffen, um den Weg zurück frei zu machen, nämlich zurück zu russischem Gas und Erdöl. Das ist kein Zufall. Das ist ein Teil eines größeren Musters; denn jedes Mal, wenn es mit unserer Unabhängigkeit in der Energiewende, mit dem Umbau hin zu erneuerbaren Energien konkret wird, dann springt die AfD wie-

der auf die Bremse und sagt: Leute, nein, so machen wir das nicht. Warum? – Ganz einfach: Weil die AfD ideologisch festgetackert ist an ewig gestrigen Strukturen. Ich frage Sie: Wie kann es denn sein, dass ausgerechnet eine Partei, die sich patriotisch nennt – das haben wir heute schon einmal gehört –, nicht Deutschlands Freiheit im Blick hat, sondern Russlands Exportbilanz?

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Wie kann es sein, dass eine Partei, die angeblich für das Volk spricht, auf Schritt und Tritt die Interessen eines autoritären Kriegsherrn vertritt?

(Christoph Maier (AfD): Das hat mit dem Antrag doch gar nichts zu tun! – Volkmar Halbleib (SPD): Zuhören! Getroffene Hunde bellen!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache das jetzt ein bisschen größer, aber Sie werden es gleich hören. Ich habe Zeit; es ist nicht so, dass ich mich hier zwingen muss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich ganz einfach sagen: Die AfD ist nicht nur ewig gestrig, ihr seid gefährlich rückwärtsgewandt.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Ich frage Sie: Wie dreist kann man denn eigentlich sein?

(Unruhe)

Wir als demokratische Mitte – und ich sage das ausdrücklich auch an die Kolleginnen und Kollegen von SPD, den GRÜNEN und an unseren Koalitionspartner, die FREIEN WÄHLER –, wir alle sind gefordert, diesem Spuk auch heute wieder entschlossen entgegenzutreten. Das können wir heute tun, indem wir den vorliegenden Antrag ablehnen, und das nicht nur aus politischen, sondern eben auch aus fachlichen Gründen; denn die CO₂-Bepreisung ist ein kluges marktwirtschaftliches Instrument und kein ideologisches Wunschkonzert.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Sie sorgt dafür, dass klimaschädliches Verhalten wie der exzessive Verbrauch fossiler Brennstoffe teurer wird und klimafreundliche Alternativen wirtschaftlich attraktiver werden. Sie setzt also Anreize und ist kein Verbot. Das, meine Damen und Herren, ist genau der Weg, den wir in Bayern in der Politik gehen,

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

pragmatisch, verantwortungsvoll und zukunftsgerichtet. Seit 2019 ist das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft. Es sorgt dafür, dass die CO₂-Emissionen aus dem Sektor Gebäude und Verkehr, die bislang nicht im Europäischen Emissionshandel erfasst sind, mit einem Preis versehen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Das ist keine Willkür, das ist verantwortungsvolle Steuerungs politik. Der Preis schafft auch Klarheit für die Wirtschaft, für die Industrie, für alle, die heute schon in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und klimafreundliche Innovationen investieren. Bayern und Deutschland verursachen nur 2 %; ja, das muss gesagt werden; da haben Sie vollkommen recht. Das ist vollkommen richtig, aber wir tragen Verantwortung.

(Lachen bei der AfD)

Dieser Verantwortung werden wir natürlich gerecht, weil wir es uns auf die Fahne geschrieben haben. Wir sind Industriestandort, wir sind Technologieführer, und wir haben eine Vorbildfunktion für ganz Europa. Wenn wir das nicht angehen, wer soll es denn sonst machen?

Auch die wirtschaftliche Vernunft spricht klar gegen den Antrag der AfD. Klimaschäden durch Extremwetterereignisse kosten uns heute schon zig Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Wir können es uns also schlichtweg nicht leisten, den Kopf in den Sand zu stecken. Wenn wir heute auf die CO₂-Bepreisung verzichten, dann wird das späteren Genera-

tionen viel mehr Geld kosten, als wir heute möglicherweise bezahlen müssen. Die Einnahmen der CO₂-Bepreisung – das wissen Sie selbst auch; Sie haben es ja gerade vorhin selbst gesagt – fließen doch wieder zurück und werden nicht irgendwo im Nirgendwo verteilt; das bleibt hier. Sie haben selbst gesagt, das ginge dann an die Landräte und Bürgermeister. Da ist Ihre Frage: Kommt das dann wieder bei den kleinen Leuten an? – Da kommt das Geld doch wieder an, wenn es intensiv und ordentlich über Klimageld, über gezielte Entlastungen, über Investitionen gerade in die Energieinfrastruktur eingesetzt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Das stärkt nicht nur die Umwelt, das stärkt unsere Regionen, unsere ländlichen Räume, unsere Kommunen. Wer jetzt wie die AfD wieder reflexartig sagt, die Inflation komme dann wieder, dem sage ich: Ja, dann kommen wieder die Fachleute und der Sachverständigenrat; das kommt immer wieder bei euch, aber nur bei den Themen, von denen ihr glaubt, sie populistisch auf eine bestimmte Art und Weise transportieren zu können. Ihr müsst dann auch auf die anderen Fachleute hören, die sagen: Der menschengemachte Klimawandel ist einfach da.

(Widerspruch bei der AfD)

Aber das ignoriert ihr vollkommen, weil das für euch überhaupt kein Thema ist. Die Energiepreise werden laut den Experten sogar sinken, nicht die Besteuerung; da sind wir schon beieinander.

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist: Ohne die CO₂-Bepreisung sind unsere Klimaziele einfach nicht erreichbar. Wir haben uns im Pariser Klimaabkommen und im Klimaschutzgesetz des Bundes zur Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen verpflichtet. Alles, was wir heute machen, machen wir nicht mehr für uns; das machen wir für die nächste und die übernächste Generation. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal in aller Klarheit: Der Antrag der AfD ist verantwortungslos, rückwärtsgewandt und geopolitisch naiv.

(Widerspruch bei der AfD)

Er zielt auf eine Rolle rückwärts in fossile Abhängigkeit, ausgerechnet von einem Land, das unsere europäische Friedensordnung angreift.

Meine Damen und Herren, wir als CSU stehen für eine verantwortungsvolle, technologieoffene, wirtschaftsnahe Klimapolitik.

(Zuruf von der AfD: Von wegen technologieoffen!)

Nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil es vernünftig ist, weil es Bayern zukunftssicher macht, weil es unsere Freiheit schützt; denn Freiheit im 21. Jahrhundert bedeutet auch Unabhängigkeit von autoritären Regimen, Unabhängigkeit von russischem Gas, Unabhängigkeit von politischen Erpressungen und Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Wir wollen nach Möglichkeit eine Energieversorgung, die bei uns entsteht, aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse, mit bayerischer Innovationskraft, mit unserer eigenen Industrie, mit unseren Stadtwerken, unseren Landwirten, unseren Bürgerinnen und Bürgern, und nicht mit Tankern aus Nowosibirsk und auch nicht mit Knebelverträgen aus Moskau.

Deshalb bitte ich Sie: Lehnen wir diesen Antrag der AfD ab. Lassen Sie nicht zu, dass ausgerechnet die Putin-Fangruppe hier im Landtag sich durchsetzt, die versucht, unsere Energiepolitik zurück in die Steinzeit zu führen. Senden wir heute ein klares Signal für Bayern, für Verantwortung, für unsere demokratische Grundordnung und für eine Energiepolitik, die unserer Heimat und unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft gibt! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vom Kollegen Köhler.

Florian Köhler (AfD): Herr Dietz, ich will Ihnen echt nicht zu nahe treten, aber wenn ich es nicht besser wüsste, würde ich sagen: Da hat gerade Robert Habeck im Trachtenjanker seine Rede gehalten. Das ist der Sound der GRÜNEN. Also bei aller Liebe.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist aber keine sachliche Auseinandersetzung!)

Am 9. April sagte Friedrich Merz von der CDU auf N-TV, er wolle, dass der Preis für Gas und Öl so steige, dass die Menschen vom Preis erzogen würden. Es solle sich dann nicht mehr lohnen, die alte Öl-, die alte Gasheizung zu betreiben. – Stimmen Sie dieser Aussage Ihres Bundeskanzlers zu?

Leo Dietz (CSU): Was Sie gehört haben, müssen Sie für sich ausmachen. Es gibt auf jeden Fall eine CO₂-Bepreisung, die etwas auslöst. Ich habe in überhaupt keiner Weise gesagt, dass ich das so hoch haben möchte, dass wir die Menschen über den Preis erziehen können. Das habe ich nicht gesagt. Was Friedrich Merz sagt, sagt Friedrich Merz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Wunderbar. Also, was heißt wunderbar? – Danke.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Auch wunderbar, dass jetzt Martin Stümpfig für die GRÜNEN spricht.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD-Fraktion ist billiger Populismus und blendet wie immer die wichtigste Frage komplett aus: Was kostet es uns, wenn wir keinen Klimaschutz betreiben?

Erst kürzlich hat die Internationale Handelskammer errechnet, dass die Klimaschäden weltweit zwischen 2014 und 2023 sage und schreibe 1,7 Billionen Euro betragen. Eine knappe halbe Billion entfiel nur auf die letzten beiden Jahre. Also wir sehen: Die

Dramatik spitzt sich immer weiter zu. Wir sprechen hier nur von den Kosten und gar nicht von dem enormen menschlichen Leid, das die Klimakatastrophen verursachen.

Sie von der AfD verschweigen diese Seite komplett. Dann schweigen Sie auch, wenn es um das Ja oder Nein von Klimaschutzmaßnahmen, wie zum Beispiel den CO₂-Preis, geht. Jahr für Jahr werden in Deutschland rund 80 Milliarden Euro für fossile Importe ausgegeben; das war die letzten 20 Jahre schon so. 2022 hatten wir einen totalen Ausreißer nach oben durch die Energiekrise; das waren 146 Milliarden Euro. Das sind Milliarden, die teilweise auch nach Russland gingen. Wenn diese Milliarden weiter Putin in den Rachen geworfen würden, hätten Sie von der AfD überhaupt keine Probleme damit. Es wäre in Ordnung für Sie, wenn Putin das Geld dann nehmen und eins zu eins in die Rüstung stecken würde. Wenn dann aber der Name CO₂-Preis draufsteht, dann ist es des Teufels. Der Teufel – das kann ich Ihnen sagen – steckt ganz woanders.

Das Geld, das durch die CO₂-Bepreisung eingenommen wird, bleibt da; da gebe ich dem Kollegen Dietz komplett recht. Das bleibt im Umlauf, das geht eben nicht zum Beispiel zu Putin oder zu anderen autokratisch regierten Staaten, sondern das bleibt bei uns. Das bleibt in Deutschland, und das muss – so sind auch die Gesetze – zu einem großen Teil dazu verwendet werden, die Erdüberhitzung auszubremsen und soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen. Dafür brauchen wir eben das Klimageld. Dazu wird es jetzt gleich die Nachfrage geben, warum die letzte Regierung das Klimageld dann nicht eingeführt hat. – Die Antwort darauf hat genau drei Buchstaben: FDP.

Wegen der FDP konnten wir das nicht machen. Als die FDP dann ihre Verantwortung über Bord geworfen und die Regierung verlassen hat, haben GRÜNE und SPD alles unternommen, um die technischen Voraussetzungen für die Einführung eines Klimageldes auf den Weg zu bringen. Leider kam dann die nächste Bremse. Die Union hat sich aus wahltaktischen Gründen nicht überwinden können, das Geld aus dem Haushalt für ein Klimageld freizugeben. Kollege Dietz, in vielen Punkten gebe ich Ihnen recht; aber leider hat die Union das dann ausgebremst. Sonst hätten wir das

Klimageld jetzt schon. Wir haben das Klimageld nicht, wir brauchen es ganz dringend.

– Seit Jahrzehnten setzen wir GRÜNE uns dafür ein, weg von einer fossilen hin zu einer erneuerbaren Energieversorgung – Elektroauto, Wärmepumpe, Nahwärmenetz, öffentlicher Personennahverkehr – zu kommen.

Die Kostenfalle eines Beibehaltens der fossilen Energien haben Sie von der AfD-Fraktion durch Ihr Hetzen gegen Klimaschutzmaßnahmen aufgestellt, und jetzt warnen Sie, dass die Menschen doch nicht in diese Kostenfalle hineinlaufen sollen. Das ist heuchlerisch ohne Ende. Da kann man wirklich nur sagen: Pfui Teufel!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider sehen wir aber auch bei der CDU/CSU und der SPD einen Rollback zurück zu fossilen Energien. Nach dem neuen Koalitionsvertrag werden fossile Gaskraftwerke im großen Stil in Betrieb genommen. Auch Katherina Reiche steht als Person dafür.

Das Fazit ist: Die AfD macht Populismus. Die Union blockiert, weil sie dem Machterhalt alles unterordnet. Entscheiden Sie selbst, was schlimmer ist. Auf jeden Fall haben beide nicht begriffen, dass das Wort Klimaschutz nicht bedeutet, das Klima zu schützen, sondern es bedeutet, die Gesundheit der Menschen hier im Land zu schützen, und das sozial gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht als Nächster der Kollege Benno Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, Herr Kollege, sehr verehrte Damen und Herren! Wir kennen die Anträge der AfD mittlerweile zur Genüge. Sie fordern, das Klimagesetz, die Klimaschutzmaßnahmen und den Emissionshandel abzuschaffen,

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

und hoffen, dass das fossile Zeitalter so weitergeht.

(Unruhe bei der AfD)

– Ja, da sieht man, wo die Ewiggestrigen sitzen. Rührt euch nur, dann bekommen es die Leute mit. Die Ewiggestrigen sitzen dort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie ignorieren, dass die fossilen Energieträger immer knapper werden und dass wir auch folgenden Generationen

(Zuruf von der AfD)

Ressourcen hinterlassen müssen, mit denen sie arbeiten und auch ein vernünftiges Leben führen können. Dass diese Ressourcen knapper werden, ist eigentlich bei dem Verbrauch, der in den letzten Jahren zu verzeichnen war, ganz klar. Deshalb unterstützen wir auch grundsätzlich, dass die CO₂-Bepreisung von fossilen Brennstoffemissionen wegführt. Es ist ein einfaches und marktwirtschaftliches Instrument; aber es trifft natürlich die Bürger mit niedrigen Einkommen härter, wenn die Energiepreise steigen.

Deshalb braucht es eine Entlastung durch das Klimageld. Es ist klar, dass das Klimageld kommen muss. Das werden wir dann von der neuen Bundesregierung einfordern. Hier müssen die Entlastungen stattfinden. Was Ihren Antrag anbelangt, bleibt es bei der Ablehnung, genauso wie vor einem Jahr. Da hatten Sie bereits denselben Antrag gestellt. Der wurde von uns auch abgelehnt. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Gerd Mannes hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gerd Mannes (AfD): Herr Zierer, Sie haben jetzt gerade von Marktwirtschaft gesprochen; aber anscheinend haben Sie keine Ahnung von sozialer Marktwirtschaft. Ich erkläre Ihnen jetzt einmal die soziale Marktwirtschaft.

(Allgemeine Heiterkeit)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Nein, danke.

Gerd Mannes (AfD): – Hören Sie zu. Hören Sie mir zu, dann lernen Sie etwas.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Auf diese geistigen Ergüsse kann ich verzichten. Entweder haben Sie eine Frage – –

Gerd Mannes (AfD): Wir machen eine Luftsteuer. – Jetzt lassen Sie mich doch bitte ausreden.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Zierer, er darf die Zwischenbemerkung machen. Also lassen wir ihn jetzt einmal reden.

Gerd Mannes (AfD): Also: Wir machen eine Luftsteuer. Das heißt, wir besteuern das CO₂ enorm.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die heiße Luft der AfD! Da kann man vieles besteuern!)

Was passiert? – Die Arbeitsplätze gehen verloren, und das Leben wird unfinanzierbar. Wo ist da jetzt der Vorteil? – Die Menschen bekommen nichts zurück. Erklären Sie mir doch einmal, was daran wirtschaftlich sein soll. Es ist unwirtschaftlich, es ist eine Zerstörung unserer Volkswirtschaft. Nichts anderes ist das.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Wenn man es mit Ihrer Brille sieht, mag das so sein; aber schauen Sie sich die Entwicklung der letzten Jahre oder Jahrzehnte an. Die Industrie hat reagiert, und auch die Industrie weiß, dass sich etwas ändern muss,

(Widerspruch des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD) – Unruhe)

und genau das ist der richtige Anreiz, um Geld zu sparen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD spricht die Kollegin Anna Rasehorn.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Die Rechtsextremen

(Florian Köhler (AfD): Ich habe gedacht, wir sind eine demokratische Partei!)

fordern wieder einmal die Abschaffung der CO₂-Bepreisung in Deutschland und auch den Ausstieg aus dem Europäischen Emissionshandel. Kurz gesagt: Die AfD möchte wieder zurück in die Steinzeit, in der das Verursachen von Emissionen kostenfrei war.

(Zuruf)

Die Rechnung schicken wir dann an die Kinder und Enkelkinder. Deswegen lehnen wir den Antrag selbstverständlich ab. Er ist falsch – falsch in der Analyse, falsch in der Wirkung und fatal mit seiner Botschaft.

Heizen und Tanken sind in den letzten Jahren zum Teil teurer geworden. Die Ursache liegt aber nicht in der CO₂-Bepreisung, sondern in den weltweiten Energiekrisen, geopolitischen Verwerfungen und den fossilen Abhängigkeiten. Da haben wir auch als SPD klar erkannt: Wir wollen nicht mehr abhängig sein und müssen einen neuen Weg gehen, und dazu gehört der CO₂-Preis. Er ist kein Selbstzweck. Er ist ein Lenkungsinstrument, weil: Wer CO₂ ausstößt, soll dafür zahlen; wer einspart, soll sparen

können. Damit bringen wir die größten Klimasünder an die Kasse. Wir müssen ein soziales Instrument finden, um kleine Haushalte zu entlasten. Deswegen kämpfen wir schon seit Jahren für das Klimageld und wollen damit in Gebäudesanierung, in den ÖPNV und in die Wärmewende investieren, damit das Klimageld dort ankommt, wo der Geldbeutel nicht so locker sitzt, und damit die sozial Schwächeren auch davon profitieren, dass wir Emissionen einsparen können. Aber Sie wollen das nicht.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Sie wollen nämlich einfach nur, dass die Reichen immer reicher werden, dass Sie weiter emittieren können, anstatt den Wandel voranzubringen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen sage ich: Der CO₂-Preis ist ein Baustein von vielen. Er wird nicht alles lösen; aber ohne ihn lösen wir gar nichts, und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gutes Statement!)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.